

Leitantrag

an die

1. Tagung des 2. Landesparteitages der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt

Sachsen-Anhalt: Zeit für einen Neubeginn

I. Soziale Gerechtigkeit, Bürgerrechte und Frieden haben eine starke Stimme

Die Gründung der Partei DIE LINKE entsprang dem gesellschaftlichen Bedürfnis nach politischer Vertretung. Eine Politik der sozialen und gesellschaftlichen Ausgrenzung machte viele Menschen hoffnungslos, sie resignierten vor der regierenden Politik. Verfestigte Arbeitslosigkeit, nicht zu nehmende Hürden beim Zugang zu Bildung und Kultur, ein stetiger Abbau realer Einflussmöglichkeiten und spürbare Einschnitte in bürgerliche Freiheitsrechte waren über Jahre gemeinsamer Tenor der meisten politischen Parteien.

Der bis dahin vorläufige Höhepunkt, die Agenda 2010, beförderte die gesellschaftlichen Debatten bis tief in die etablierten Parteien und unter bis dahin politisch Nicht-Aktiven gleichermaßen. Viele wollten sich nicht mehr zufrieden geben und begannen, sich zu engagieren und ihren Widerspruch zu artikulieren. Das Ergebnis waren die Gründung einer Bewegung für mehr soziale Gerechtigkeit und letztlich 2007 ihr Zusammenschluss mit einer PDS, die im Osten fester und respektierter Bestandteil der politischen Landschaft war, bundesweit jedoch nicht zuletzt durch ihre Niederlage bei der Bundestagswahl 2002 an Bedeutung verloren hatte.

Diese neue Partei DIE LINKE hat die Bundesrepublik seitdem ein Stück verändert. Das konsequente Engagement für soziale Gerechtigkeit, demokratische Mitbestimmung und eine friedliche Außenpolitik hat nicht nur vielen Bürgerinnen und Bürgern wieder eine Stimme im Bundestag verliehen, es hat auch die anderen Parteien gezwungen zu reagieren. Dass heute viele den gesetzlichen Mindestlohn fordern, dass über die deutsche Außenpolitik wieder kontrovers gestritten wird, dass, wenn auch leichte, Korrekturen an den Leistungen für Erwerbslose vorgenommen wurden – all das ist auch dem Erfolg der LINKEN zu verdanken.

Doch mit der Maxime des so genannten schlanken Staates – der am Ende seiner politischen und sozialen Ordnungsfunktion kaum noch nachkommen konnte und wollte – und einer absoluten Markthörigkeit wurde auch nach dem Zusammenbruch

des internationalen Finanzmarktes nicht gebrochen. Heute, wenige Wochen nach der Bundestagswahl drohen drastische Einschnitte in den Sozialstaat und damit eine erneute Vertiefung gesellschaftlicher Spaltung. Der Koalition aus CDU und FDP fehlt der politische Wille, die Belastungen der Krise gerecht zu schultern und die erforderlichen ordnungspolitischen Konsequenzen zu ziehen. DIE LINKE war und ist die stärkste Stimme für das politische Umsteuern, ihre Konzepte haben die politischen Debatten in der Bundesrepublik verändert.

Für DIE LINKE gilt: Entschlossenes Handeln im Interesse einer schnellen Konjunkturbelebung muss in Einklang gebracht werden mit den grundsätzlich notwendigen Veränderungen im Sinne eines nachhaltigen sozial-ökologischen Umbaus und eines stabilen öffentlichen Rahmens.

Mit diesen Prämissen ist DIE LINKE in die Bundestagswahl 2009 gezogen und hat damit erneut deutlich bei den Wählerinnen und Wählern an Vertrauen gewinnen können. In Sachsen-Anhalt hat das bundesweit beste Ergebnis unserer Partei bewiesen: DIE LINKE ist glaubwürdige Vertretung für viele Bürgerinnen und Bürger, für Männer und Frauen, für junge Familien und die ältere Generation, für Erwerbslose und engagierte Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, für Angestellte und Beamte, für Studierende und Auszubildende – wir sind Volkspartei. Wir werden gebraucht, wir sind unverzichtbar als soziale Stimme in der Bundesrepublik und die wichtigste soziale Interessenvertretung in den neuen Bundesländern.

Daraus leitet sich für uns der Anspruch ab, auch zukünftig konzeptionell und personell breit aufgestellt zu sein. Dafür ist weiterhin das Engagement jedes einzelnen Mitgliedes genauso gefordert wie ein verantwortungsbewusstes Agieren der politischen Führungsgremien und Fraktionen. Der Landesverband sieht es nach wie vor als seine Aufgabe, sich in den bundesweiten programmatischen und strategischen Debatten der Partei zu Wort zu melden. Die vor uns liegende Erarbeitung eines neuen Grundsatzprogramms werden wir mit ganzer Kraft begleiten. Wir wissen: Beständiger Erfolg auf allen Ebenen gelingt nur mit einem abgestimmten Handeln in Kommune, Land und Bund. Das ist unsere gemeinsame Verantwortung. Dabei ist der Blick auf die aktuellen Gegebenheiten und Problemlagen ebenso von Bedeutung wie unsere langfristigen gesellschaftspolitischen Zielstellungen. Die Menschen erwarten zurecht von uns Antworten auf die Herausforderungen von heute und Klarheit über unsere Vorstellungen für morgen.

II. Besondere Herausforderung der Krise

Die Finanz- und Wirtschaftskrise ist 2009 auch in Sachsen-Anhalt angekommen. Drastische Einnahmeausfälle für Land und Kommunen, Firmenschließungen, zunehmende Kurzarbeit und Anstieg der von Hartz-IV Betroffenen sind nur wenige Schlaglichter auf die gegenwärtige Situation Sachsens-Anhalts. Die Landesregierung hat dies lange nicht zur Kenntnis nehmen wollen. Der Osten sei durch die geringere Exportabhängigkeit weniger von der Krise betroffen als die westlichen Bundes-

länder war nur eines der Argumente, mit denen Krisenprogramme wie das Konjunkturprogramm II mehr als halbherzig in Angriff genommen wurden.

Mit den Diskussionen um die Eckdaten des Doppelhaushaltes 2010/11 wird für alle sichtbar, dass sich die Spielräume für eine Politik zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger und zur Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge durch die Kasinopolitik der Bundesregierungen insbesondere seit Ende des vergangenen Jahrhunderts drastisch verringert haben.

Die Deregulierung der Finanzmärkte und die Privatisierung weiter Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge sind wesentliche Ursachen der Krise. Für die Banken gibt es allerdings einen Schutzschirm. Mit der Bundestagswahl findet die neoliberale Finanzpolitik keineswegs ein Ende. Unter dem Motto "es gibt keine Alternative – alle müssen sparen" wird die Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von unten nach oben fortgesetzt. Allein 500 Milliarden Euro wurden für die Bankenrettung durch die alte Bundesregierung von CDU und SPD bereitgestellt. Für Bildung, Kinderbetreuung, Forschung und Entwicklung, Gesundheitsvorsorge und für öffentliche Investitionen fehlte derweil das Geld.

Die Konjunkturprogramme der letzten Bundesregierung reichen nicht annähernd, um die Steuerausfälle einer seit Jahrzehnten verfehlten Einnahmepolitik zu kompensieren. Die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in allen Teilen der Bundesrepublik und damit verbunden das Prinzip eines solidarischen und sozialstaatlichen Föderalismus sind von Schwarz-Rot im Bund, aber auch in Sachsen-Anhalt aufgekündigt worden. Die Landesregierung hat alle Entscheidungen, sei es zu einer unsolidarischen Erbschaftssteuer oder zu einem dogmatischen Neuverschuldungsverbot, mitgetragen.

Die nächsten Steuersenkungen sind von der Regierungskoalition aus CDU und FDP angekündigt. Es soll weitere Entlastungen der Gutverdienenden geben. Aber auch die Erhöhung der Mehrwertsteuer ist eine Option, der sowohl die CDU und die FDP aufgeschlossen gegenüberstehen. Es bleibt also dabei, die Verluste werden sozialisiert, die Gewinne privatisiert.

Für Sachsen-Anhalt bedeutet das, dass es bis 2013 mit rund 4,5 Milliarden Euro weniger Einnahmen rechnen muss als noch 2008 geplant. Dazu kommt der Rückgang von ca. 130 Millionen Euro jährlich bei den Solidarpaktgeldern. Und auch die Zukunft der EU-Fördermittel ist ab 2013 ungewiss. Damit steht das Konzept der Landesregierung – Konsolidieren – Investieren – Vorsorgen – vor dem Aus. Die begonnene Politik der Konsolidierung kann nicht fortgeführt werden und es werden neue Schulden aufgenommen werden müssen und nicht wie geplant, Schulden getilgt werden können. Eine sich selbst tragende Entwicklung Sachsens-Anhalts ab 2019 wird so immer unwahrscheinlicher. Die Landesregierung plant, um die Schuldenlast so gering wie möglich zu halten, Kürzungen quer durch den gesamten Haushalt. Damit steht die Zukunftsfähigkeit Sachsens-Anhalts zur Disposition.

Es ist für DIE LINKE daher eine zentrale Herausforderung, Konzepte und politische Handlungsalternativen zu entwickeln, die realistisch, finanzierbar und funktional sind. Der Landesverband der PDS und seit 2007 der LINKEN hat sich gemeinsam

mit der Landtagsfraktion in den vergangenen Jahren immer wieder mit dieser Problematik befasst. Darauf können wir aufbauen. Angesichts der gegenwärtigen Rahmenbedingungen müssen wir uns für eine erhebliche Nettoneuverschuldung entscheiden. Ohne sie wird es uns nicht gelingen, Kinderbetreuung, Hochschulen, handlungsfähige Kommunen oder die soziale und ökologische Infrastruktur nachhaltig zu erhalten.

Das Land Sachsen-Anhalt muss in der Krise als stabilisierender Faktor wirken und das wird ohne neue Staatsschulden nicht möglich sein. Diese Entscheidung ist für DIE LINKE keine Selbstverständlichkeit. Wachsende Zinslasten durch neue Schulden schränken die finanziellen Spielräume für unsere politischen Vorstellungen ein. Wir werden deshalb in den Haushaltsberatungen Vorschläge vorlegen, um die Nettoneuverschuldung so gering wie möglich zu halten. Die Konzentration auf einige wenige Schwerpunkte wird notwendig sein. Auch wir müssen den gesamten Landeshaushalt auf den Prüfstand stellen und sorgfältig jede Position abwägen.

III. CDU und SPD ohne Konzeption für das Land

Die Koalition von CDU und SPD ist ein Zweckbündnis mit extrem kleiner politischer Schnittmenge. Ihre Politik reduziert sich auf geräuschvolles Armdrücken an der jeweiligen politischen Demarkationslinie der beteiligten Parteien. Offensichtliche Differenzen werden ausgesessen und notwendige politische Entscheidungen werden auf die lange Bank geschoben. Mühsam ausgehandelte und meist kaum praktikable Kompromisse haben obendrein eine kurze Halbwertszeit. Politik wird verwaltet und finanzielle Ressourcen werden immer weiter eingeschränkt. Auf massive Einbrüche in den Einnahmen des Landes wird einzig und allein mit massiven Ausgabenkürzungen reagiert. Die zu erwartende finanzielle Krise wird lediglich umgebucht auf das Konto der sozialen Hilfsangebote und Dienstleistungen für diejenigen, die von ihr selbst am stärksten betroffen sind.

Einige Schlaglichter auf die Politik der Großen Koalition zeigen die Probleme überdeutlich:

- Die Reform der Kommunalfinanzen in Gestalt der aufgabenbezogenen Umgestaltung ist an der ungenügenden Bereitstellung der dafür notwendigen Mittel gescheitert und in die nächste Legislaturperiode verschoben worden.
- Vor allem die Bildungspolitik bleibt auf der Strecke. Die CDU hält fest am gegliederten Schulsystem in seinen ausgrenzenden Strukturen. Die SPD ordnet eigene Vorstellungen dem Koalitions- und Sparzwang unter. Die Regierungsparteien fanden nicht die Kraft, Bildung gerade vor dem Hintergrund der schwierigen Haushaltssituation zum politischen Schwerpunkt zu entwickeln, um für Zukunftsinvestitionen zu sorgen.
- Die Politik der Landesentwicklung ist ein Spiegel der konservativen Wachstumsideologie, die auf „schneller-höher-weiter“ setzt und den wirt-

schaftlichen Interessen eine exklusive Poleposition einräumt. Gewollt sind Investitionen in Flächen und Ressourcen verbrauchende Industrieförderung und die Zentralisierung von Dienstleistung und Daseinsvorsorge. Eine Trendwende hin zu sparsamerem Ressourcenverbrauch, zu verbindlichen Umweltstandards und zu einem Ausgleich zwischen den ländlichen und städtischen Regionen zur Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse und der notwendigen Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge sind nicht erkennbar.

- Eine substantielle Aufgabenübertragung an die Landkreise war die entscheidende Legitimationsgrundlage für die Gebietsreform. Auch dieses Vorhaben ist gescheitert. Eine ernst zu nehmende Funktionalreform bleibt die Koalition von CDU und SPD schuldig.
- Im Landesdienst steuert Sachsen-Anhalt sehenden Auges in einen Fachkräftemangel, für den es zum Zeitpunkt seiner Entfaltung kaum noch Korrekturmöglichkeiten gibt. Gut ausgebildete Fachkräfte werden dann kaum noch zur Verfügung stehen. Der Vorschlag der LINKEN, bereits jetzt den Einstellungskorridor zu erweitern, wurde abgelehnt. Als Alternative droht in der Zukunft ein bundesweiter – und dann deutlich kostspieligerer – Wettbewerb um die klügsten Köpfe.

Eine übergreifende politische Konzeption der Landesregierung und der sie tragenden Parteien ist trotz wortreicher Erklärungen nicht erkennbar.

IV. Politischer und gesellschaftlicher Richtungswechsel mit der LINKEN

Sachsen-Anhalt kann mehr und darf keinen zurücklassen

Sachsen-Anhalt steht im Ländervergleich nicht auf guten Plätzen – sei es bei der Arbeitslosigkeit, der Pro-Kopfverschuldung oder dem Bruttoinlandsprodukt. Die Haushalte haben die kleinsten Sparvermögen, bei der Nutzung des Internets liegen die Sachsen-Anhalter auf dem Schlussplatz. Wir gehören wie Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg zu den strukturschwachen Flächenländern – für den Weg zum nächsten Oberzentrum braucht es in den dünn besiedelten Regionen bis zu eineinviertel Stunden. Die Zahl rechtsextremer Straftaten in Relation zur Einwohnerzahl war in den Jahren 2006 und 2008 so hoch wie in keinem anderen Bundesland. Dabei hat das Land den geringsten Anteil von Einwohnern ohne deutschen Pass. Im Territorium des heutigen Sachsen-Anhalt schrumpft bereits seit den 1960er Jahren die Bevölkerungszahl. Seit der politischen Wende 1989 hat Sachsen-Anhalt über 500.000 Menschen verloren. Diese Entwicklung ist allerdings Teil des gesamtdeutschen, auch europäischen Trends einer schrumpfenden und zugleich älter werdenden Gesellschaft. Die Situation hier nimmt einige Problemstellungen für die gesamte Bundesrepublik nur zeitlich vorweg. Der demografische Wandel wird in Ostdeutschland durch die Abwanderung junger gut ausgebildeter Menschen, zumeist Frauen, noch verstärkt. Heute ist Sachsen-Anhalt Herkunfts- und Lebensort für 2,38 Millionen Menschen. Diese Menschen sind das Potenzial und zugleich der Maßstab für den Entwicklungsweg des Landes.

Für DIE LINKE sind die Bedürfnisse und die Perspektiven der Menschen der Ausgangspunkt für Politik. Wir haben dies bereits 2005 im Konzept „Sachsen-Anhalt 2020 Innovation und soziale Gestaltung für ein zukunftsfähiges Sachsen-Anhalt“ betont. Für das Leben in Sachsen-Anhalt muss politisches Handeln zumindest die Rahmenbedingungen schaffen. Die unterschiedlichen Perspektiven von Kindern und Familien, Älteren, Frauen und Männern, verlangen eine komplexe und differenzierte Sicht auf die Landesentwicklung. Dieser Aufgabe stellen wir uns ebenso mit unserem Konzept einer alternativen Landesentwicklung seit 2008. Wir orientieren uns in der Landesentwicklung an den Zielen soziale Gerechtigkeit und ökologische Nachhaltigkeit. Ein sozial-ökologisches Umdenken als gesellschaftliche Querschnittsaufgabe verbindet beide Ansprüche.

Für DIE LINKE ist die Innovations- und Reformfähigkeit des Landes der Schlüssel für eine selbst tragende Entwicklung. Wir gehen dabei von den Fähigkeiten und Vorstellungen, die Menschen hier haben und einbringen wollen und den Möglichkeiten des Landes aus. Sachsen-Anhalt hat Potenziale als Standort von Wissenschaft und Forschung, Wirtschaft und Kultur. Die Voraussetzungen für eine politische und gesellschaftliche Richtungsänderung sind durch die weltweite Krise und Rezession nicht besser geworden. Dennoch ist ein „Weiter so!“ keine Option. „Dort wo die materiellen Ressourcen knapper werden, müssen immaterielle Ressourcen mit mehr Energie erschlossen werden. (...) Unsere strategische Vision für 2020 heißt, Sachsen-Anhalt auf den Kurs eines innovativen und damit zugleich sozial stabilen Landes zu bringen, eines Landes, in dem auch die jungen, leistungsfähigen Menschen wieder bleiben wollen, weil sie ihre Zukunft gestalten können.“ (Sachsen-Anhalt 2020. Innovation und soziale Gestaltung für ein zukunftsfähiges Sachsen-Anhalt)

Für ein Leben in Würde

Die Sicherung der Öffentlichen Daseinsvorsorge ist der Ausgangspunkt linker Landespolitik. Im Kern bedeutet das für uns, gleichwertige Lebensverhältnisse in Sachsen-Anhalt zu gewährleisten. Leistungs- und strukturschwache Regionen dürfen nicht abgekoppelt werden. DIE LINKE. Sachsen-Anhalt hält am politischen Anspruch fest, die Lebensbedingungen der Menschen nicht als Wirtschaftsunternehmen zu sehen. Die Zielbestimmung von gleichwertigen Lebensverhältnissen bedeutet die Rückkoppelung der Würde des Einzelnen mit seiner konkreten Lebenssituation - den Bedingungen für Leben und Arbeiten, für das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen, für das eigenständige und aktive Leben im Alter, der Ausgestaltung der gesundheitlich-pflegerischen Versorgung und des kulturellen Angebotes.

Die Orientierung auf gleichwertige Lebensbedingungen ist für DIE LINKE kein realitätsferner Kampf gegen Windmühlen. Schrumpfende Regionen wird es geben, Politik ist kein Schalthebel, der gesellschaftliche Entwicklung an- oder ausschalten kann. Nicht jede Schule kann erhalten bleiben, dafür muss die Schülerbeförderung

abgesichert und finanziert sein. Nicht jedes Dorf kann eine Bibliothek oder ein Theater vorhalten, aber die nächsten müssen für Jeden erreichbar und der Besuch bezahlbar sein. Landespolitik bleibt mit dem Subsidiaritätsgebot verschränkt, also dem Vorrang der Regelung auf der kleinstmöglichen Einheit. Individuum, Familie, Gemeinde und Staat haben unterschiedliche Ressourcen für unterschiedliche Problemebenen, die jeweils zuerst ausgeschöpft werden sollten. Daraus leitet sich auch das Prinzip der kommunalen Selbstverwaltung ab. Das Konzept der LINKEN zur Landesentwicklung sieht vor, mittels der Verwaltungseinheiten Ober- und Mittelzentrum und (neu) Grundzentraler Versorgungsraum, eine gerechte Struktur vorzugeben. Über die Verteilung der Aufgaben innerhalb des Grundzentralen Versorgungsraums entscheiden die zugehörigen Gemeinden eigenständig.

Für Perspektiven in Sachsen-Anhalt

DIE LINKE stellt Kinder und die Familien in das Zentrum ihres politischen Engagements. Bei diesen gesellschaftlichen Gruppen geht es um mehr als die Berücksichtigung von Sonderinteressen – es geht um eine Brücke in die Welt von morgen. Die Innovationsfähigkeit einer Gesellschaft, die Einstellung zur Zukunft, das selbstverständlich Sein von Nachhaltigkeit – all das hängt davon ab, welchen Weg wir künftigen Generationen ebnen. Gleichzeitig ist hier dringender Handlungsbedarf für DIE LINKE, um soziale Gerechtigkeit im Land herzustellen und zu verteidigen. Kinder zu haben steigert das Armutsrisko, besonders für Alleinerziehende – ein skandalöser Zustand für eine Gesellschaft.

Sachsen-Anhalt hat für Kinder unter drei Jahren den höchsten Betreuungsschlüssel aller Bundesländer. Dennoch ist dieser Vorteil durch politische Entscheidungen der Vergangenheit nicht aus- sondern abgebaut worden. Mit dem Verlust des Anspruches auf Ganztagsbetreuung für Kinder arbeitsloser Eltern verletzt man das Recht auf Bildung. In keinem anderen europäischen Land hängt der Bildungserfolg von Kindern so vom sozialen Status der Eltern ab wie in Deutschland. Damit nimmt man weder die Erfordernisse der Praxis noch die wissenschaftlichen Erkenntnisse zur enormen Bedeutung frühkindlicher Bildung ernst. Pädagogik und Hirnforschung sind sich heute darüber einig, dass Lernen in seiner sozialen und kognitiven Dimension weit vor dem klassischen Schuleintritt beginnt. Zur Zweiklassen-Medizin und zur sozialen Spaltung einer Hartz-IV-Gesellschaft kommt nun noch das Zweiklassensystem in der Kita hinzu. DIE LINKE fordert, den Ganztagsanspruch für alle Kinder wieder einzuführen. Kinder brauchen ein Bildungs- und Erziehungsangebot, das ihnen unabhängig von der familiären und finanziellen Situation die besten Startchancen sichert. Dies zu gewährleisten ist nur mit genügend und geschulten Pädagogen und Betreuern möglich. DIE LINKE fordert daher im Verbund mit Gewerkschaften und Verbänden, die Akademisierung der Erzieherausbildung, also die wissenschaftlich fundierte Spezialisierung auf die Möglichkeiten frühkindlicher Bildung.

DIE LINKE fordert ein längeres gemeinsames Lernen für alle Kinder, um die Bildungschancen von den Begrenzungen sozialer Herkunft abzukoppeln. Je früher „sortiert“ wird, umso härter wirken die Herkunftsbedingungen von Kindern. Über 80 Prozent der Kinder aus Akademikerhaushalten erreichen das Abitur, aber nur 20 Prozent der Kinder aus Arbeiterfamilien. Damit setzt sich die soziale Polarisierung der Gesellschaft in den Bildungsbiografien fort. Darüber hinaus nimmt der Anteil der Jugendlichen, die die Schule gänzlich ohne oder nur mit einem Hauptschulabschluss verlassen, ständig zu. Diese Systemlogik verwirft tausendfach die Möglichkeiten von Kindern, potenzieller Studenten, potenzieller Fachkräfte, potenzieller Weltverbesserer. Aus diesen Zwängen will DIE LINKE ausbrechen.

Menschen brauchen Perspektiven. Sachsen-Anhalt braucht Menschen, die hier ihre Perspektiven sehen. Arbeit und Lebensqualität im Land verschränken sich in der Personalplanung der öffentlichen Hand ganz unmittelbar zu politischen Handlungsmöglichkeiten. Das Personalentwicklungskonzept für Sachsen-Anhalt unter CDU und SPD ist gescheitert. Statt heute die Lehrer, Polizisten und Juristen einzustellen bzw. die Referendarstellen für Hochschulabsolventen einzurichten, verharrt die Landesregierung in Wartestellung. In wenigen Jahren werden massenhaft Lehrerinnen und Lehrer aus dem Beruf ausscheiden. Die Alterszusammensetzung in Sachsen-Anhalt wird zu einem abrupten Lehrermangel führen, wenn jetzt nicht für einen Übergang gesorgt wird.

DIE LINKE will Menschen hier im Land Perspektiven für ihre Berufs- und Familienplanung geben. DIE LINKE fordert darum wie schon in den vergangenen Jahren auch für die Zukunft einen erhöhten Einstellungskorridor. Das Sparen von Personalmitteln heute wird uns vor nahezu unlösbare Aufgaben morgen stellen, in denen Sachsen-Anhalt mit anderen Bundesländern in Konkurrenz um jüngere Fachkräfte treten muss.

Für ein Leben ohne Angst

Gleichwertige Lebensverhältnisse sind für uns auch Grenzziehung gegen die schleichende Abwertung von Menschen durch die soziale Spaltung in dieser Gesellschaft. Wir nehmen die Demokratie ernst, indem wir allen Menschen die Chance auf Beteiligung an ihr erhalten wollen. Soziale Gerechtigkeit ist für uns ein Element der Demokratie. Menschen müssen etwas bewegen können, sonst sind sie nicht zu bewegen – zumindest nicht für die Demokratie. Kommt zur Abwanderung junger und gut ausgebildeter Menschen noch die Entkernung der sozialen Infrastruktur hinzu, entstehen abgehangte Regionen. In diesen gehen zuerst die Erwerbsarbeit und der Wohlstand und später jegliche Perspektive verloren. Aus der Erfahrung, in dieser Gesellschaft deklassiert zu sein, wird die Abwendung von dieser, auch von ihren demokratischen Möglichkeiten der Teilhabe und Mitbestimmung. Dann müssen nicht automatisch rechtsextreme und fremdenfeindliche Einstellungen zu neuer Blüte kommen. Dennoch sind abgehangte Regionen anfällig

dafür, dass aus der bleiernen Lebenswirklichkeit der Bewohner die Intoleranz gegenüber allem wird, was vermeintlich anders, neu oder unkonventionell ist. Aus der Ohnmacht, das eigene Leben bestimmen zu können, wird dann der Versuch, auch Anderen die Autonomie über ihren Lebensentwurf abzusprechen.

Regionale (Infra)Struktur wollen wir erhalten, indem wir die Stärken und Möglichkeiten vor Ort heben und nicht, indem wir die Regionen sich selbst überlassen. Wir brauchen Öffnung und Erweiterung von Horizonten - auch als Lebenseinstellung. Deshalb müssen Bildung, Kultur und bürgerschaftliches Engagement eine reale Entsprechung vor Ort haben. Mangelnde Bildung ist Risikofaktor für Armut, Krankheit, schlechte Ernährung. Längere und höhere Bildung dagegen erhöht nicht nur die Chance auf existenzsichernde Erwerbsarbeit. Sie erhöht auch die Fähigkeit zur Selbstermächtigung, kann gegen Sündenbock-Rhetorik immunisieren und vergewissert über individuelle Rechte und Ansprüche sowie den Weg ihrer Durchsetzung.

V. DIE LINKE will gestalten – Sachsen-Anhalt braucht eine handlungsfähige Politik

DIE LINKE hat konkrete Vorschläge für ein gutes Leben in Sachsen-Anhalt. Soziale Gerechtigkeit, gleichwertige Lebensverhältnisse, Erhalt und Ausbau demokratischer Beteiligung und die Förderung von Bildung und Erziehung sind für uns Zielmarken linker Politik. Nach neun Jahren konservativ geführter Landesregierung ist es Zeit für einen Neubeginn. Die „kleine“ große Koalition aus CDU und SPD blockiert sich gegenseitig. Ein innovativer Schub, ob für die Schulentwicklung, für die öffentliche Beschäftigung oder für das nachhaltige Wirtschaften, war und ist von ihr nicht zu erwarten. Als klare politische Alternative zur Politik von CDU und SPD in Sachsen-Anhalt gehen wir darum in die vor uns liegenden Auseinandersetzungen mit dem Anspruch, einen Regierungswechsel zu erreichen. DIE LINKE. Sachsen-Anhalt strebt an, eine neu gebildete Regierung, die sich diesem Neubeginn verschrieben hat, zu führen.

Dies inhaltlich und personell vorzubereiten ist Aufgabe aller in der Partei. Der Landesvorstand wird mit der Erarbeitung eines Landtagswahlprogramms beauftragt, jedoch wollen wir den Landesverband aktiv mit einbeziehen. Erste Kernpunkte dieses Wahlprogramms sollen darum Bestandteil der fünf Regionalkonferenzen im Frühjahr 2010 sein. Darüber hinaus ist es unsere gemeinsame Aufgabe, unser inhaltliches Angebot mit kompetenten Persönlichkeiten zu verbinden. Der Landesvorstand wird daher ebenso beauftragt, der VertreterInnenversammlung zur Aufstellung der Liste zur Landtagswahl 2011 einen Personalvorschlag zu unterbreiten. Dieser Vorschlag soll unsere inhaltlichen Prämissen gleichermaßen unterstreichen wie das Ziel, eine regional ausgewogene Vertretung in der nächsten Landtagsfraktion zu sichern. Der/Die Landesvorsitzende führt dazu im Vorfeld der VertreterInnenversammlung vorbereitende Gespräche mit den Stadt- und Kreisvorständen der LINKEN in Sachsen-Anhalt und dem Landesausschuss.

DIE LINKE will gestalten. Wir wissen: Die finanziellen Spielräume für Landespolitik werden auch ab 2011 äußerst eng sein. Um dies mit einem steuer- und finanzpolitischen Umsteuern in der Bundesrepublik zu ändern, braucht es DIE LINKE – in Bund und Land. In Sachsen-Anhalt wollen wir in Regierungsverantwortung die Steuerungsfunktion von Politik für die Menschen in diesem Land beweisen. Dafür werben wir – lange vor eigentlichen Wahlkämpfen – mit unserer Politik in den Kommunen, mit unserer Arbeit im Parlament und im Land sowie unseren politischen Konzepten.